

Bund der  
Strafvollzugsbediensteten  
Deutschlands (BSBD)

Fachzeitschrift  
für die Bediensteten des  
Justizvollzugs

# DER VOLLZUGS- DIENST

**Wir wünschen allen im Justizvollzug Tätigen  
besinnliche Tage**



**Lesen Sie im Fachteil dieser Ausgabe:**

**Der europäische Arbeitsschutz**  
Teil 1

6

Dezember 2009



## Zum Weihnachtsfest und zum neuen Jahr!

### ■ Liebe Kollegin! Lieber Kollege!

Wir wünschen Ihnen ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches sowie in privat-familiärer und beruflicher Hinsicht erfolgreiches Jahr 2010. Mit einer Vielzahl von Zuschriften haben Sie auf unsere Beiträge in der Mitgliederzeitschrift „Der Vollzugsdienst“ reagiert. Für dieses Interesse an der Arbeit unserer Gewerkschaft danken wir Ihnen ganz herzlich.

Der **BSBD** sieht in diesem Zuspruch die Verpflichtung, Sie auch im neuen Jahr umfassend und aktuell über die Entwicklungen im Strafvollzug und die gewerkschaftlichen Initiativen des **BSBD** zu unterrichten.

Ein schwieriges Jahr neigt sich seinem Ende zu. Die Weltwirtschaftskrise hat die Rahmenbedingungen auch für den öffentlichen Dienst negativ beeinflusst. Das durch die Banken verursachte Desaster wird die Steuerzahler – und damit uns alle – noch teuer zu stehen kommen. Milliardenbeträge mussten und müssen noch immer aufgewendet werden, um das Anwachsen der Arbeitslosenzahlen zu begrenzen. Über 100 Milliarden Euro Staatsschulden allein in Nordrhein-Westfalen, für die jährlich annähernd 5 Milliarden Euro Zinsen aufgebracht werden müssen, engen die Handlungsspielräume der politischen Verantwortungsträger erheblich ein. Und es steht zu befürchten, dass der Politik im kommenden Jahr wieder das einfallen wird, was ihr regelmäßig einfällt, wenn Ausgaben gekürzt werden müssen: Sparen bei den Beamten!

Bei den Beamten fällt das Sparen jetzt noch leichter. Die Föderalismusreform macht es möglich, dass die Länder selbst agieren können und nicht mehr auf das Handeln des Bundes warten müssen. Weihnachtsgeld gekürzt, Urlaubsgeld gestrichen, Wochen- und Lebensarbeitszeit rauf, – natürlich ohne Lohnausgleich – und schon waren bereits vor Jahren zwei Milliarden Euro beim Personal eingespart. Das machte in Einzelfällen bis zu acht Prozent des Jahreseinkommens aus.

### ■ Der Strafvollzug ist seines Geldes wert

Der **BSBD** hat der Politik auf allen Ebenen deutlich gemacht, dass ein funktionstüchtiger Strafvollzug im erfolgreichen Kampf gegen die Kriminalität unverzichtbar und damit ein wesentlicher Eckpfeiler der inneren Sicherheit in unserem Lande ist. Und diese gesellschaftliche Aufgabe hat ihren Preis. Derzeit muss das Land für jeden Gefangenen pro Tag rund 77 Euro aufwenden; ein stolzer Betrag. Doch vergleichen wir die Kosten mit verwandten Bereichen, dann zeigt sich ein anderes Bild. So sind in der stationären Erziehungshilfe je Probanden pro Tag rund 200 Euro aufzubringen, während der Tagessatz des Maßregelvollzuges um die 300 Euro schwankt.

Bei diesem Vergleich schneidet der Vollzug äußerst günstig ab. Und da verwundert es doch sehr, dass ausgerechnet beim Strafvollzug stets zuerst mit dem Rotstift gefuchelt wird, wenn es ans Sparen geht. Dabei muss jedem Insider klar sein: Wird beim Vollzug überproportional eingespart, droht nach relativ kurzer Zeit unweigerlich der Verwahrlosung, weil der erreichte Qualitätsstandard nicht mehr gehalten werden kann. Dies ist wahrlich eine erschreckende Aussicht, weil ein konstruktiver, humaner Umgang mit Straftätern aufgegeben werden müsste. Die Risiken für die Gesellschaft wären unübersehbar; denn noch gilt die Erkenntnis, dass jede gelungene Wiedereingliederung eines Straftäters zugleich einen Zugewinn an innerer Sicherheit ist. Gerade der Ausbruch von zwei Schwerverbrechern aus der JVA Aachen sollte uns lehren, dass es zum Behandlungsvollzug keine Alternative gibt.

### ■ Verbesserte Besoldungsstrukturen

Wegen der problematischen finanzwirtschaftlichen Rahmenbedingungen hat sich der **BSBD** in den Verhandlungen mit der Politik vorrangig darauf konzentriert, u.a. die strukturelle Weiterentwicklung der Besoldung für die Laufbahnen des allgemeinen Vollzugs- und Werkdienstes voranzutreiben. Dieses Vorhaben ist jetzt von Erfolg gekrönt. So sieht der Haushaltsentwurf für 2010 die Schaffung von zunächst 13 Stellen der Besoldungs-

gruppe A 11 BBO für Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes und Werkdienstleiter vor. Dies ist ein bahnbrechender gewerkschaftlicher Erfolg, weil damit der Weg hin zu aufgaben- und leistungsangemessenen Laufbahnstrukturen fortgesetzt wird.

Durch diese Strukturverbesserung ergibt sich allerdings auch akuter Handlungsbedarf bei den Laufbahnen der Laufbahngruppe des gehobenen Dienstes.

Zwischenzeitlich sind Arbeitsgruppen damit befasst, speziell für den gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst sowie für den Sozialdienst Handlungsleitlinien zu entwickeln, die als Grundlage für die Verhandlungen mit der Politik dienen sollen. Im kommenden Jahr wird der **BSBD** in diesem Bereich einen Schwerpunkt seiner Aktivitäten setzen. Ziel ist es, für alle Funktionen im Strafvollzug aufgaben- und leistungsgerechte Besoldungsstrukturen durchzusetzen.

### ■ Vollzug personell sachgerecht ausstatten!

Dieser gewerkschaftliche Erfolg des **BSBD** ist eine schöne Sache und kann nicht hoch genug bewertet werden, doch dürfen wir darüber nicht die weiteren Probleme des Vollzuges übersehen. Seit 2005 ist der Personalabbau nicht nur gestoppt worden, es hat auch geringfügige Zuwächse gegeben. Wir sind aber immer noch ein gutes Stück von einer bedarfsgerechten Personalausstattung entfernt. In den kommenden Jahren wird sich die Gewerkschaftsarbeit darauf zu konzentrieren haben, eine sachgerechte, aufgabenangemessene Personalausstattung in allen Bereichen des Vollzuges durchzusetzen. Im gesamtgesellschaftlichen Interesse benötigt der Vollzug fachlich qualifiziertes Personal in einem solchen Umfang, dass er seinem gesetzlichen Auftrag effizient nachzukommen vermag.

### ■ Ausblick

In einer solch prekären Situation, wie wir sie gegenwärtig mit der Überwindung der Weltwirtschaftskrise erleben, die geprägt ist durch den Anstieg der Arbeitslosigkeit und zunehmendem Kaufkraftverlust, eine zielorientierte, glaubwürdige und von den Kolleginnen und Kollegen akzeptierte Gewerkschaftspolitik zu betreiben, erweist sich als zunehmend schwierig. Dennoch: Der **BSBD** sieht sich gerade in diese für alle Strafvollzugsbediensteten problembehafteten Lage als deren effizienteste Fürsprecher und Interessenvertreter. Der **BSBD** wird seine in den zurückliegenden Jahren so überaus erfolgreiche Arbeit für den Strafvollzug und dessen Bedienstete fortsetzen. Bedeutung, Kraft und Durchsetzungsvermögen in den Verhandlungen mit der Politik bezieht der **BSBD** dabei aus dem hohen Organisationsgrad der Strafvollzugsbediensteten. Deshalb, liebe Kollegin, lieber Kollege, sind wir im neuen Jahr ganz besonders auf Ihre solidarische Unterstützung angewiesen. Das neue Jahr wird den **BSBD** erneut vor große Herausforderungen stellen, die die Mobilisierung aller Kräfte erfordern werden. Wir sind zuversichtlich, dass Sie, liebe Kollegin, lieber Kollege, uns – wie bisher – kritisch begleiten und nachdrücklich unterstützen werden.

Mit den besten Wünschen für Sie persönlich und Ihre Familie verbleibe ich  
Ihr Klaus Jäkel



# Heckhoff und Michalski gelingt Flucht aus der JVA Aachen

**K**urz vor dem Beginn der Adventszeit hat der Strafvollzug in Nordrhein-Westfalen für bundesweites Aufsehen gesorgt. Den Schwerverbrechern Michael Heckhoff und Peter Paul Michalski war in den Abendstunden des 26. November 2009 die Flucht aus der als ausbruchssicher geltenden JVA Aachen gelungen. Nach einer Irrfahrt durch das halbe Ruhrgebiet und mehreren Geiselnahmen, bei denen sich der Gewalteininsatz glücklicherweise in Grenzen hielt, konnte Heckhoff am 29. November 2009 in seiner Heimatstadt Mülheim festgenommen werden, während es seinem Komplizen Michalski gelang, den starken Polizeikräften zu entkommen. Über die Ortung des Mobiltelefons, das Michalski bei sich führte, ging am 01. Dezember 2009 auch dessen Flucht auf relativ unspektakuläre Weise zu Ende. Von Spezialeinsatzkräften der Polizei wurde er auf dem neben der Bundesstraße 58 verlaufenden Radweg in der Nähe der Ortschaft Schermbeck ausgemacht, eingekleimt, vom Fahrrad geholt und festgenommen. Zwar war damit eine medial bis in die Einzelheiten begleitete Flucht zu Ende gegangen, ohne dass Menschen körperlich schwer verletzt wurden; doch sowohl die unmittelbar betroffenen Geiselnahmepfer als auch die mittelbar betroffene Öffentlichkeit waren über Tage in Angst und Schrecken versetzt worden. Jetzt gilt es, die Flucht und deren Umstände aufzuarbeiten und die erforderlichen Konsequenzen zu ziehen. Dabei wären Politik und Vollzug gut beraten, extreme Veränderungen nach Möglichkeit zu vermeiden.

## ■ Die Täter

Der 50 Jahre alte Michael Heckhoff wird durch die Sicherheitsorgane als einer der gefährlichsten Geiselnahmepfer in Deutschland eingestuft. Er befindet sich mit kurzen Unterbrechungen seit Anfang der 1980er Jahre im Strafvollzug.

Heckhoff hat es vor allem wegen einer Geiselnahme im Jahre 1992 in der Justizvollzugsanstalt Werl zu zweifelhafter Bekanntheit gebracht. Für die Tat erhielt er Ende 1993 eine lebenslange Freiheitsstrafe. Heckhoffs damaliger Komplize – ein Mehrfachmörder – übergoss einen Kollegen und eine junge Arzthelferin mit Benzin und zündete sie vor dem Zugriff der Polizei an. Die Opfer leiden noch heute unter diesem menschenverachtenden Angriff.

Heckhoff ist deshalb wegen versuchten Mordes zu lebenslanger Haft mit besonderer Schwere der Schuld und anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt worden. Das Landgericht Köln hat die Mindesthaftzeit für ihn unlängst auf 21 Jahre festgesetzt.

Schon vor der Werler Geiselnahme hatte Heckhoff schwere Verbrechen verübt. Wegen Geiselnahme einer Polizistin und zweier Banküberfälle war er Anfang der 1990er Jahre zu 15 Jahren Haft mit anschließender Sicherungsverwahrung verurteilt worden.

In seiner Einzelzelle in der JVA Bochum wurden 1995 eine Gaspistole und eine Handgranaten-Attrappe gefunden. Danach wurde er in einem speziell überwachten Haftraum der JVA Wuppertal untergebracht. In der Aachener Vollzugseinrichtung befand sich Heckhoff seit gut einem Jahr.

Peter Paul Michalski ist der zweite Ausbrecher, der die Öffentlichkeit nach seiner Flucht in Atem hielt. Er gilt als besonders gewaltbereiter Straftäter, der seine Interessen rücksichtslos durchzusetzen bereit ist. Der 46 Jahre alte Michalski ist ein verurteilter Mörder und ein besonders gewalttätiger Mehrfachtäter. Er verbüßte bereits als Heranwachsender eine längere Jugendstrafe. Seit fast 30 Jahren befindet er sich nunmehr in Einrichtungen des nordrhein-westfälischen Strafvollzuges. Im Jahre 1985 erfolgte seine Entlassung aus dem Jugendstrafvollzug. Bereits nach



Schwerverbrecher Michael Heckhoff.



Schwerverbrecher Peter Paul Michalski.

zwei Jahren wurde er erneut massiv straffällig, so dass er wieder in Haft kam und 1988 zu sieben Jahren und sechs Monaten Freiheitsstrafe wegen schweren Raubes verurteilt wurde.

Im Jahre 1993 erschoss Michalski auf brutale Weise einen Mittäter, den er als potenziellen Verräter ausgemacht hatte – und erhielt dafür eine lebenslange Freiheitsstrafe. Das Bielefelder Landgericht stellte im März 1995 die besondere Schwere der Schuld fest. Damit war eine Überprüfung der Strafe nach 15 Jahren für den gebürtigen Herforder ausgeschlossen. Anfang 2006 erfolgte seine Verlegung in die JVA Aachen. Dort gelang ihm jetzt die Flucht.

## ■ Die Flucht

In der JVA Aachen waren Heckhoff und Michalski auf einer Abteilung untergebracht. Nach seiner Festnahme behauptete Heckhoff, er habe von einem Bediensteten einen Schlüssel erhalten, von dem er eine Ablichtung gefertigt habe. Mit Hilfe dieser Ablichtung sei es Michalski gelungen, an seinem Arbeitsplatz in der Schlosserei einen Nachschlüssel zu fertigen.

Mit diesem Schlüssel, so der Schwerverbrecher, sei es Michalski und ihm gelungen, insgesamt fünf Türen zu öffnen und zur Außenpforte der Vollzugseinrichtung zu gelangen. Diese Einlassung wird dem Vernehmen nach durch die ermittelnde



Pforte der JVA Aachen. Durch die Fahrzeugschleuse sollen die Schwerverbrecher entkommen sein.





**Die JVA Aachen gilt als eine der sichersten Vollzugsanstalten des Landes und ist deshalb auch für die Unterbringung von Gefangenen geeignet, die ein erhöhtes Sicherheitsrisiko repräsentieren.**

Polizei in die Nachzeichnung des Tatgeschehens einbezogen werden. Nach Auswertung der Videoaufzeichnungen steht jedoch eine andere Tatvariante im Zentrum der Ermittlungen. Danach soll ein 40-jähriger Beamter der Vollzugseinrichtung den beiden Schwer-

ter, bei denen es sich um Heckhoff und Michalski handelt, ziehen dem Beamten zudem eine Kapuze über den Kopf. In unmittelbarem Anschluss verlassen sie die Anstalt durch die Schleuse. Dieser Vorgang hat ungefähr drei Minuten beansprucht. Unmittelbar vor der Anstalt treffen sie auf ein Taxi, mit dem gerade ein Gefangener vom Urlaub zurückgekehrt ist.

Zuvor waren die beiden Straftäter noch in den Besitz von zwei dienstlichen Schusswaffen, Munition und Handfesseln gelangt, die sie bis zu ihrer Festnahme bei sich führten. Besonders der Umstand, dass sich Heckhoff und Michalski in den Besitz von Schusswaffen bringen konnten, sorgt in der Öffentlichkeit für Angst und Unverständnis.

Heckhoff und Michalski zwingen den Taxifahrer, sie in Richtung Köln zu fahren. Da sie vermuteten, dass Taxi könne erkannt

worden sein, halten sie in der Ortschaft Kerpen-Buir, rufen aus einer Gaststätte ein anderes Taxi und setzen mit diesem ihre Flucht fort. Den Fahrer des ersten Taxis haben sie unterdessen als Geisel genommen und lassen ihn erst nach ihrer Ankunft in Köln auf der Domplatte frei. In Köln flüchten sie zu Fuß weiter. Die Taxifahrer seien unverletzt zurückgelassen worden, hätten aber beide einen Schock erlitten, hieß es aus Polizeikreisen. Die Kölner Innenstadt wird für die Fahndung zeitweise komplett abgeriegelt.

Die Nacht in Köln wollen die beiden Verbrecher ganz banal unter freiem Himmel zugebracht haben. Am Morgen des 27. November 2009 zwingen sie eine junge Frau, sie nach Essen zu fahren. In Essen lassen Heckhoff und Michalski ihre Geisel frei. Die Polizei sucht die Verbrecher vor allem in der Nähe des Baldeneysees.

Später dringen die vorbestraften Schwerverbrecher in die Villa eines Ehepaares ein, duschen, legen sich wechselseitig schlafen und schauen fern. Dann lassen sie sich von dem Ehepaar am 28. November mit deren BMW herumfahren. In einem Waldstück entledigen sie sich ihrer Geiseln. Das Fluchtauto wird tags darauf in einer Seitenstraße in Mülheim an der Ruhr gefunden. Heckhoff kann am 29. November 2009 in unmittelbarer Nähe des Fahrzeugs überwältigt und festgenommen werden, Michalski entkommt abermals knapp.

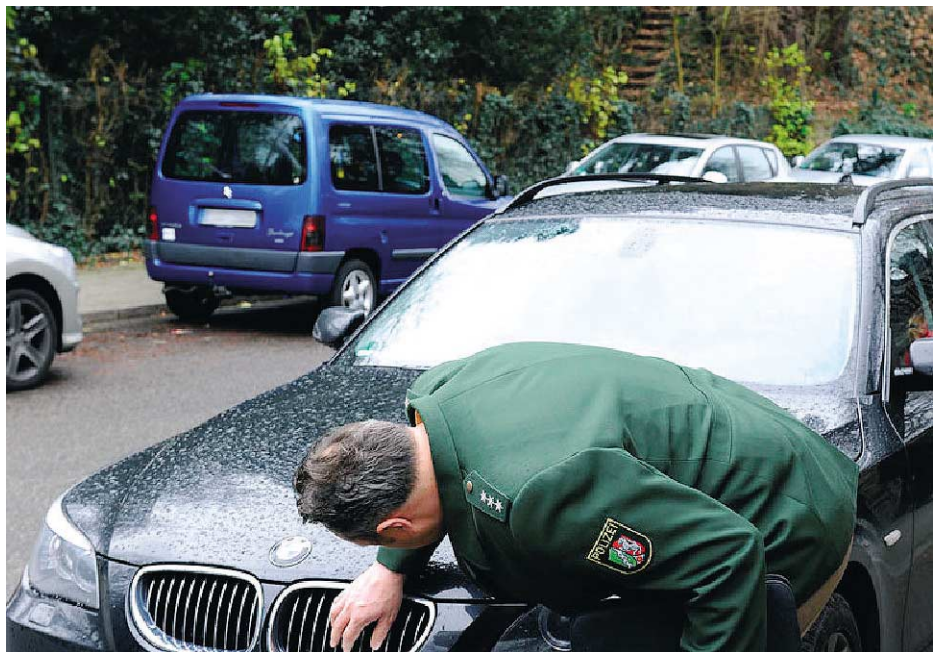
Die Polizei vermutet jetzt, Michalski könne sich seiner ostwestfälischen Heimat zuwenden. Hier kennt er sich aus und hat die Möglichkeit, Hilfe von Verwandten und ehemaligen Freunden zu erbitten. Der Großeinsatz starker Polizeikräfte im Raum Bielefeld wird sich später als überflüssig erweisen. Vielleicht war es aber auch ein gekonntes Ablenkungsmanöver, das Michalski in Sicherheit wiegen sollte. Die Aufregung bei der ostwestfälischen Bevölkerung ist allerdings beträchtlich.



**Neben bis zu 1.500 Beamten waren auch Hubschrauber im Einsatz, um die Ausbrecher zu suchen und zu ergreifen.**

verbrechern in massiver Weise geholfen haben, die Abschlussvorrichtungen der Anstalt zu überwinden. Mit seiner Hilfe sollen die Häftlinge in den Bereich der Außenpforte gelangt sein, wo der Bedienstete für wenige Minuten Dienst verrichtete, um die Pforte auch während eines Dienstwechsels besetzt zu halten.

Zur Erhöhung der Sicherheit ist in Aachen eine Fahrzeugstreife eingerichtet worden. Als ein 57-jähriger Justizvollzugsbediensteter – von dieser Streife kommend – die Fahrzeugschleuse betritt, um sich zur weiteren Dienstverrichtung an die Pforte zu begeben, wird er hinterrücks niedergeschlagen, geknebelt und gefesselt. Die Tä-



**Nach dem Auffinden des Fluchtfahrzeuges kann Heckhoff in Mülheim festgenommen werden.**





Mit einem Damenrad ist Michalski unterwegs, als die Spezialeinsatzkräfte der Flucht des Schwerverbrechers ein Ende bereiten.

Zwischenzeitlich hat die Polizei Kenntnis von der Rufnummer des Mobiltelefons, das Michalski mit sich führt. Weil dieses Kommunikationsmittel auch im abgeschalteten Zustand sendet, kann der Flüchtige lokalisiert und geortet werden. Er ist jetzt mit einem Fahrrad unterwegs und nur noch 28 Kilometer von der niederländischen Grenze entfernt. Die Polizei observiert und nutzt einen günstigen Augenblick zur Festnahme. Michalski gibt sich sofort zu erkennen, gibt die mitgeführte Waffe heraus und kommentiert seine Festnahme: „Ich bin froh, das es vorbei ist!“

## ■ Die Ermittlungen

Sehr bald nach Aufnahme der Ermittlungen und einer ersten Auswertung der Videoaufzeichnungen keimte der Verdacht auf, ein Bediensteter des Strafvollzuges könnte den beiden Schwerverbrechern Heckhoff und Michalski geholfen haben, aus der Aachener Vollzugseinrichtung zu entkommen. Bei den ersten Pressemitteilungen der Verantwortlichen glaubte man Erleichterung zu hören, weil man sich gegen das Fehlverhalten eines Einzelnen schließlich nicht wappnen kann.

Der bedrohlich aufsteigenden Frage nach der generellen Sicherheit der Vollzugseinrichtungen des Landes konnte und sollte wohl auch auf diese Weise begegnet werden. Als am 27. November 2009 ein 40-jähriger Mitarbeiter des Strafvollzuges verhaftet und tags darauf Haftbefehl erlassen wird, ist auch niemand mehr besonders überrascht. Dem Bediensteten, der gegenwärtig in einem benachbarten Bundesland in Untersuchungshaft einsitzt, wird vorgeworfen, sich der Gefangenenbefreiung im Amt und des Verstoßes gegen das Waffengesetz schuldig gemacht zu haben. Wohl ausgelöst durch die große mediale Aufmerksamkeit, die das Ereignis erfährt, kommt es wiederholt zu gezielten Indiskretionen, die vermutlich das Ziel verfolgen, sowohl der politisch verantwortlichen

Justizministerin als auch der Anstaltsleitung sicherheitstechnische Systemfehler anzukreiden. So werden die unzureichende Personalausstattung der JVA Aachen ebenso wie Ermittlungsspannen in die Diskussion eingeführt.

Nachdem sich der beschuldigte Bedienstete zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen ausschweigt, stecken die Ermittlungen offensichtlich in einer Sackgasse. Auf den Videobändern soll der Beschuldigte nicht zu sehen sein, so dass seine Täterschaft nur mittelbar aus den sichtbaren Geschehensabläufen geschlussfolgert werden kann. Die Einlassungen der Ausbrecher haben bislang auch nichts wirklich Erhellendes ergeben, so dass sich die polizeilichen Ermittlungen noch hinziehen können, bis endlich Klarheit herrscht, was sich in der JVA Aachen am 26. November 2009 wirklich zugetragen hat. **Aber bis dahin muss auch klar sein, dass es im Falle des Beschuldigten keine Vorverurteilung geben darf. Auch für ihn hat bis zum Beweis des Gegenteils die Unschuldsumutung zu gelten.**

## ■ Die mediale Aufbereitung

Nicht jedem ist es gegeben, negativ bewertete Geschehensabläufe plausibel und rhetorisch geschickt zu kommunizieren, so dass sich die kritischen Nachfragen von Journalisten in Grenzen halten. Bereits die erste Pressekonferenz zum Ausbruch stieß auf ein bundesweites Medieninteresse. Der WDR wertete den Auftritt der Ministerin und den der Anstaltsleitung augenscheinlich als von großer Unsicherheit geprägt. Die Redakteure schlossen vermutlich messerscharf: Hier hat es wahrscheinlich Versäumnisse gegeben, die öffentliche Sicherheit könnte gefährdet sein und schon war „die Jagd“ eröffnet.

Die Medien waren nur noch unterschwellig an den tatsächlichen Abläufen interes-

siert. Gefallen fanden sie mehr daran, sich investigativ zu betätigen. So tauchten in der „Bild-Zeitung“ ungeprüft Aussagen ehemaliger Gefangener auf, die behaupteten, im Strafvollzug gehe es zu wie in Sodom und Gomorrha. Und der WDR forderte die Strafvollzugsbediensteten auf, im Internet Insiderwissen preiszugeben und ihre Meinung über ihre Vorgesetzten zu offenbaren.

In den folgenden Tagen veranstalteten die Strafvollzugsbediensteten eine Art öffentlichen Nabelschau. Wenn man sich die Mühe macht, diese Kommentare zu lesen, wird man nicht um die Erkenntnis herum kommen, dass die meisten Verlautbarungen allen möglichen Interessen gedient haben, aber auf keinen Fall dem Interesse des Strafvollzuges und seiner Bediensteten.

Vielfach wird der plötzlich einfache Zugang zu den Medien genutzt, um vermutlich „alte Rechnungen“ zu begleichen. Wer etwas Negatives zum Strafvollzug und zu dessen Führungspersonal zu sagen hat, findet eine mediale Plattform.

## ■ Die parlamentarische Behandlung

Das überbordende Medieninteresse bringt auch die Parlamentarier auf Trab. Für den 4. Dezember 2009 wird eine Sondersitzung des Rechtsausschusses anberaumt. Das Medienecho ist enorm. Es wird nicht mehr und nicht weniger als der Rücktritt der Justizministerin erwartet. Durch die Berichterstattung der vergangenen Tage sollte der Eindruck erweckt werden, die Ministerin sei nicht mehr Herr der Lage,



Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter erklärte dem Rechtsausschuss, sicherheitstechnische Systemfehler seien nicht die Ursache dafür gewesen, dass Heckhoff und Michalski aus der JVA Aachen hätten fliehen können.



die Sicherheit der Allgemeinheit sei in ihren Händen schlecht aufgehoben.

Für viele Medienvertreter macht sich schnell Enttäuschung breit. **Roswitha Müller-Piepenkötter**, Justizministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, erweist sich als gut vorbereitet. Bereits mit ihrer umfassenden Beschreibung des Vorkommnisses beantwortet sie viele Fragen ihrer Kritiker noch bevor diese überhaupt gestellt worden sind.

Ein besonders heikler Punkt ist die Personalausstattung der JVA Aachen. Im Rahmen eines gerechteren Stellenverteilungsverfahrens sind Aachen in den zurückliegenden fünf Jahren annähernd fünfzig Stellen entzogen worden. Dies hat das Klima in der Anstalt vergiftet, berufliche Perspektiven beeinträchtigt und letztlich den Krankenstand auf ein Rekordniveau getrieben. Im Sommer hatte sich der Personalrat der Einrichtung hilflos an die Ministerin gewandt.

War zuvor in den Medien berichtet worden, der Ministerin seien die Missstände in der JVA Aachen persönlich bekannt gewesen, ohne dass sie reagiert habe oder tätig geworden sei, so stellte sich dies nach ihren Ausführungen vor dem Rechtsausschuss gänzlich anders dar.

Die Ministerin erläuterte, dass sie das Schreiben des Personalrates sehr ernst genommen habe und unverzüglich tätig geworden sei. Ihre Fachabteilung habe innerhalb von drei Wochen seit Eingang des „Brandbriefes“ Vorschläge zur Verbesserung der Lage erarbeitet. Diese Vorschläge seien im unmittelbaren Anschluss umgesetzt worden. So seien als Sofortmaßnahme fünf Stellen neu besetzt worden. Im Rahmen organisatorischer Maßnahmen seien zwei Dialysepatienten, deren Behandlung sehr personalintensiv gewesen sei, in andere Einrichtungen verlegt worden. Darüber hinaus sei das gemeinsam von Personalrat und Anstaltsleitung erarbeitete Dienstplanmodell seit Anfang November 2009 umgesetzt worden. Eine erste positive Wirkung, so die Ministerin, sei bereits eingetreten.

Die auf rd. 45.000 Stunden angewachsene Mehrarbeit habe um 2.670 Stunden reduziert werden können. Die JVA Aachen sei derzeit personell so ausgestattet, wie die vergleichbaren Einrichtungen in Bochum und Werl.

Von dieser speziellen Betrachtung der Aachener Verhältnisse leitete die Ministerin geschickt zu ihrer Erfolgsgeschichte über. Sie hielt den Parlamentariern der Opposition von SPD und Grünen vor, dass unter ihrer Regierungsverantwortung allein während der Legislaturperiode von 2000 bis 2005 insgesamt 200 Stellen im Strafvollzug abgebaut worden seien. Unter der neuen Regierung seien hingegen über 500 Stellen neu eingerichtet oder erhalten worden, so dass unter Schwarz-Gelb mehr Stellen vorhanden seien als zur Zeit des Übergangs der Regierungsverantwortung. Und dann stellte die Ministerin fest: „Nie war der Justizvollzug in Nordrhein-Westfalen so sicher wie heute!“ In den 1990er Jahren habe es noch zahlreiche Ausbrü-

che von Gefangenen gegeben. Diese Zahlen hätten in den zurückliegenden Jahren deutlich reduziert werden können. Von 1990 bis 1999 seien 242 Gefangene aus den geschlossenen Einrichtungen ausgebrochen. In den Jahren 2000 bis zum Regierungswechsel 2005 seien es noch 36 Gefangene gewesen. Im Jahr 2006 habe es keinen Ausbruch gegeben, im Jahr 2007 seien es drei gewesen und im Jahr 2008 habe sich ein Ausbruch ereignet. Die Flucht von Heckhoff und Michalski sei die erste Entweichung aus einer geschlossenen Einrichtung in diesem Jahr gewesen. Der Wirkung dieser Zahlen konnten sich offensichtlich auch die Mitglieder des Rechtsausschusses nicht entziehen. Dies

Justizministerin **Roswitha Müller-Piepenkötter**. Die CDU-Politikerin trage die politische Verantwortung für die Flucht zweier Schwerverbrecher, erklärten Vertreter von Sozialdemokraten und Grünen nach der Sondersitzung.

Es werde höchste Zeit, die „Pannenministerin“ zu entlassen, forderte **Ralf Jäger**, stv. Vorsitzender der SPD-Fraktion. „Ihre Amtszeit ist eine Bilanz des Versagens“, kritisierte **Monika Düker** von den Grünen die Ressortchefin. Nach Ansicht der grünen Rechtspolitikerin habe es die Justizministerin nicht geschafft, strukturelle Missstände im NRW-Strafvollzug zu beseitigen. Krankenstände von fast 20 Prozent im Aachener Gefängnis, die hohe Zahl von



Fachabteilung Strafvollzug reagierte unverzüglich auf den „Brandbrief“ des Personalratsvorsitzenden der JVA Aachen.



**Ralf Jäger (SPD)** hält die Justizministerin für nicht mehr tragbar.



**Monika Düker (Die Grünen)** hält die Justizministerin nach der Flucht zweier Schwerverbrecher aus der JVA Aachen für gescheitert.

hatte unmittelbaren Einfluss auf ihr Frageverhalten, denn sie konnten die Ministerin kaum einmal in Bedrängnis bringen. Erst nach der Rechtsausschusssitzung forderte die Opposition im nordrhein-westfälischen Landtag den Rücktritt von

Überstunden und fehlendes Personal legten ein breites Zeugnis vom Versagen der Ministerin ab. „Die Ministerin hat jeden Bezug zu den Realitäten in den Anstalten verloren und deshalb handelt sie, wie sie handelt, nämlich gar nicht“, sagte **Jäger**.

Ministerpräsident **Jürgen Rüttgers** (CDU) lehnte die Rücktrittsforderungen ab. Der Opposition gehe es nicht um eine Klärung des Sachverhalts, sondern um eine politische Kampagne, sagte **Rüttgers**. **Müller-Piepenkötter** habe den

Personalschlüssel verbessert und bauliche Veränderungen vorgenommen. Die beiden Schwerverbrecher hätten nur fliehen können, „weil jemand geholfen hat“, so der Ministerpräsident mit Blick auf den mutmaßlichen Fluchthelfer.



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (re.) - hier mit CDU-General Hendrik Wüst (li.) - hat sich allen Forderungen nach Rücktritt der Justizministerin entgegen gestellt. Er will sich kein Mitglied aus seinem Kabinett herausbrechen lassen.

## ■ Die Bewertung

Es spricht einiges dafür, dass die Flucht der Schwerverbrecher Heckhoff und Michalski ein singulärer Vorgang war und hoffentlich auch bleiben wird. Bislang hat sich kein Strafvollzugsbediensteter auch nur vorstellen können, dass ein Kollege Kriminellen dieses Kalibers vorsätzlich zur Flucht verhelfen könnte. Noch sind die Ermittlungen nicht abgeschlossen und es gilt die Unschuldsvermutung. Hinsichtlich der Bewertung des Vorgangs müssen wir uns allerdings langsam mit dem Gedanken vertraut machen, dass ein Strafvollzugsbediensteter gefehlt haben könnte.

In den Medien ist in den letzten Tagen verstärkt darüber berichtet worden, dass der in Haft befindliche Mitarbeiter der JVA Aachen schon vor dem Ausbruch im Visier der Ermittler stand. Nach den Ausführungen des zuständigen Staatsanwaltes sei dem Beamten auf Veranlassung eines Gefangenen ein Betrag von 200 Euro übergeben worden. Insoweit seien Ermittlung wegen Bestechlichkeit aufgenommen worden. Nach Informationen von WDR.de soll es sich um den Bediensteten handeln, der wegen mutmaßlicher Gefangenenbefreiung in Untersuchungshaft einsitzt. Staatsanwalt **Deller** äußerte sich am Mittwoch auch zu der Frage, warum der Beamte nicht sofort suspendiert worden sei. Hierzu erläuterte der Strafverfolger, dass es vor dem offiziellen Eingang einer Anzeige Gespräche zwischen Staatsanwaltschaft, JVA und Polizei gegeben habe: „Zu diesem Zeitpunkt lagen ausreichend sichere Erkenntnisse, die sofortige Maßnahmen gerechtfertigt hätten, nicht vor“, erklärte der Staatsanwalt. Er dementierte auch Meldungen, wonach der Vollzugsbeamte als „Köder“ im Zuge von Ermittlungen gegen ein Drogenkartell benutzt und deshalb nicht suspendiert worden sei.

WDR.de behauptet zudem, der JVA-Beamte sei auch in der Vergangenheit kein unbeschriebenes Blatt gewesen. Nach der Flucht eines Gefangenen im Jahre 2006 bei einem Außentermin sei gegen den heute 40-jährigen und einen zweiten Beamten schon einmal ermittelt worden. Man habe ihnen damals aber nichts nachweisen können. In rechtlicher Hinsicht spiele dieser Vorfall laut Aussage der Staatsanwaltschaft keine Rolle mehr.

## ■ Die Sicht des BSBD

Unter gewerkschaftlichen Gesichtspunkten und für die Zukunft der JVA Aachen ist zu fordern, dass nach dem Abebben der medialen Aufgeregtheiten die Personalsituation dringend auf die Tagesordnung gesetzt werden muss. Zwar hat das Ministerium bereits mit einer Personalverstärkung reagiert und dem Vernehmen nach ist die Personalausstattung nicht schlechter als in vergleichbaren Einrichtungen, doch ändert das nichts an der Tatsache, dass Aachen Hilfe braucht. „Ohne Hilfe von außen wird Aachen nicht schnell genug auf die Beine kommen“, da ist **Frank Mertzbach**, dem Aachener Personalratsvorsitzenden, beizupflichten. Und das wäre ein Risiko, das nicht auf längere Dauer eingegangen werden sollte.

Im Rahmen des AGIP-Verfahrens ist in Aachen viel Porzellan zerschlagen worden. Dadurch hat das Vertrauen in die Führungsebenen deutlich gelitten. Die Kolleginnen und Kollegen haben die Entscheidung, in Aachen über 50 Stellen abzubauen, als Unwerturteil über ihre Arbeitsleistung empfunden, sie haben ihre beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten schwinden sehen und waren gleichzeitig mit dem Problem konfrontiert, einen Vollzugsstandard, an den sich die Inhaftierten gewöhnt hatten, mit weniger Personal aufrecht erhalten zu müssen. Da ist es verständlich,

dass eine solche Entwicklung zwangsläufig in eine Überforderung einmünden muss.

Diese Entwicklung mag zwar nicht ursächlich für die Flucht der beiden Schwerverbrecher gewesen sein, sie sollte aber zum Anlass genommen werden, der JVA Aachen personell unter die Arme zu greifen. Innerhalb der Anstalt muss verloren gegangenes Vertrauen erst langsam wieder wachsen, bevor sich die Verhältnisse merklich bessern können. Darüber hinaus hat die Anstalt mit einem Ansehensverlust zu kämpfen, was an den Kolleginnen und Kollegen auch nicht spurlos vorübergehen wird.

Die Flucht von Heckhoff und Michalski aus der JVA Aachen hat bei den Bediensteten Wut, Entsetzen und Fassungslosigkeit ausgelöst. Für **Frank Mertzbach** und seine Kolleginnen und Kollegen ist es immer noch schwer nachzuvollziehen, was einen Kollegen, mit dem man jeden Tag zusammengearbeitet hat, veranlassen kann, das Leben von Kollegen und Menschen außerhalb des Vollzuges aufs Spiel zu setzen. Die Justizministerin hat vor einigen Tagen angekündigt, dass sie eine Expertise privater Sicherheitsdienstleister zur Sicherheitslage in den nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen einholen werde, um das Aachener Vorkommnis vermeintlich professionell zu analysieren. Mit dieser Ankündigung wird eher für weitere



BSBD-Chef Klaus Jäkel warnt nach dem Ausbruch der Schwerverbrecher Heckhoff und Michalski nachdrücklich vor vollzugspolitischen Schnellschüssen.

Verunsicherung gesorgt. Wo gibt es in Deutschland Sicherheitsdienstleister, die über das erforderliche Knowhow verfügen, die jeweils erforderlichen Sicherheits- mit den jeweiligen Behandlungsstandards in einem ausgewogenen Verhältnis zu halten. Nach Einschätzung des **BSBD** – und darauf hat insbesondere Landesvorsitzender **Klaus Jäkel** anlässlich zahlreicher Fernsehauftritte immer wieder hingewiesen – sind die nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen sicher. Es gibt keinen grundsätzlichen Handlungsbedarf. Das Vorkommnis sollte nicht zum Anlass genommen werden, das Kinde wieder einmal mit dem Bade auszuschütten.



„Auf ein Wort“ von Wilhelm Bokermann



## Der Umgang mit dem Recht

**D**ie Entweichung von zwei Schwerverbrechern aus der JVA Aachen, die sich am 26. November diesen Jahres zutrug, hat nicht nur die Polizei in Atem gehalten, sondern bei vielen Menschen Emotionen und Ängste ausgelöst. Am meisten beschäftigt das Vorkommnis aber wohl die Strafvollzugsbediensteten und hier insbesondere die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der vollzuglichen „Trutzburg“ Aachen. Es wird viel Takt und Feingefühl, aber auch Hilfestellung von außen brauchen, um verloren gegangenes Vertrauen zurück zu gewinnen. Die Kolleginnen und Kollegen müssen wieder Vertrauen fassen und die Anstaltsleitung und das Justizministerium werden sich in diesen nicht einfachen Prozess mit viel Fingerspitzengefühl einbringen müssen.

Das Ansehen des Vollzuges und das seiner Beschäftigten hat – wohl als Folge des Fehlverhaltens eines Einzelnen – in der Tat schweren Schaden genommen. Die Rechtsordnung wurde empfindlich beeinträchtigt. Die „Tragödie von Aachen“ – so die Beschreibung der Situation um den Ausbruch aus dieser Vollzugsanstalt durch einen Vollzugspraktiker – wird jedoch als bald aufgeklärt sein und das verwerfliche Tun des oder der Schuldigen einer wie auch immer gearteten rechtlichen Bewertung und Verurteilung zugeführt werden. Der öffentliche Vertrauensverlust in die ansonsten fast ausnahmslos tadelnsfreie schwere Arbeit der Vollzugsbediensteten wird hingegen einige Zeit nachwirken. Die psychisch und auch physisch schwere Arbeit, die von den über 8.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Strafvollzug dieses Landes tagtäglich – und das rund um die Uhr – erbracht wird, darf jedoch nicht zum Spielball einer öffentlichen Meinungsmache werden.

Lautstark meinen bereits jetzt „selbsternannte“ Fachleute, den Strafvollzug in Gänze auf den Prüfstand stellen und zu-

gleich über die Abschaffung des Berufsbeamtenentums diskutieren zu müssen. Die Gefängnisindustrie – nach amerikanischem Vorbild – lässt grüßen! Einen kleinen Vorgeschmack davon haben einige Medien mit der Art ihrer Berichterstattung bereits geliefert. Dass es zum Behandlungsvollzug im Sinne des Strafvollzugsgesetzes jedoch keine Alternative gibt, hat sich diesen Kreisen offenbar genau so wenig erschlossen, wie es auch keine fehlerfreien Menschen gibt. Den Kritikern des Vollzuges sei in Erinnerung gerufen, dass selbst der Diktator Stalin an der Schaffung des sozialistischen und damit vermeintlich fehlerfreien Menschen gescheitert ist.

### Ein Recht auf ...

Wie aber ist es um das Recht und das Rechtsgefühl des NRW-Dienstherrn gegenüber seinen Landesbeamten – und das sind auch die Strafvollzugsbediensteten – bestellt? Recht kann sich mitunter in eine dehnbare, häufig überstrapazierte Materie verwandeln. So sagt der Volksmund nicht grundlos: „Recht haben und Recht bekommen – das sind zwei unterschiedli-

che Dinge!“ Da ist beispielsweise die Forderung des **dbb nrw** und die des **BSBD NRW** an die Landesregierung, für die Beamten endlich eine

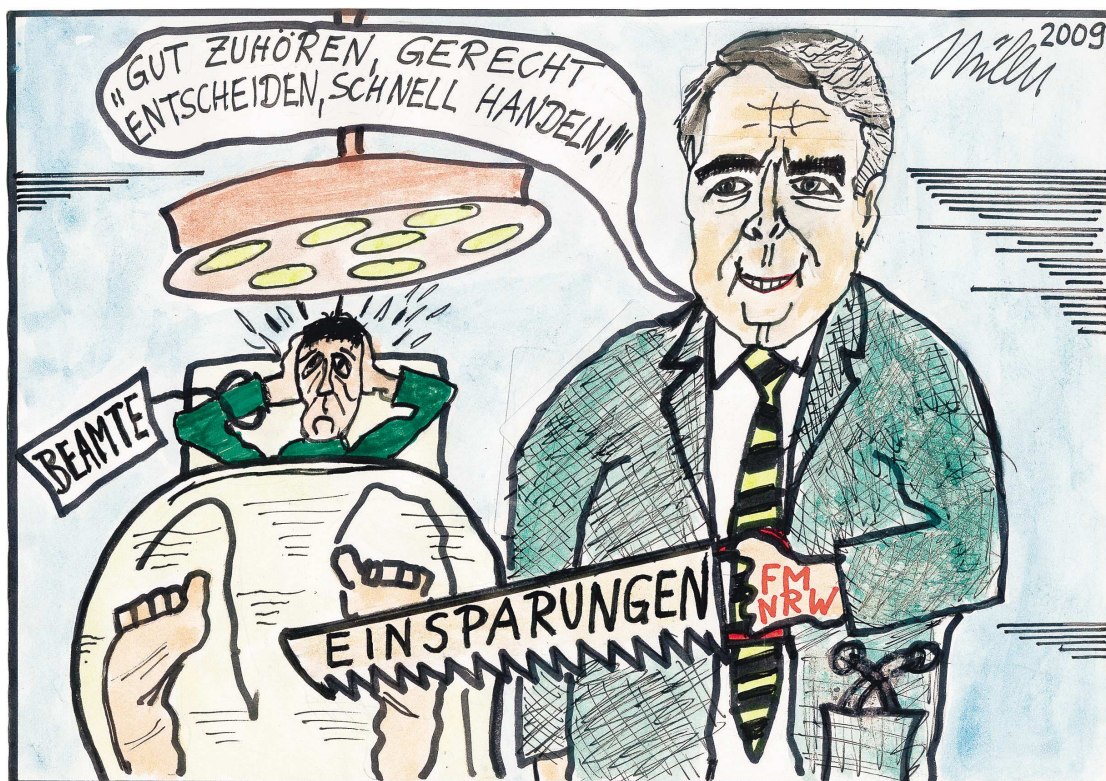
### ...amtsangemessene Alimentation

herbeizuführen. In einem vom **dbb nrw** geführten Musterverfahren zum **Weihnachtsgeld 2003** und zum **Urlaubsgeld 2004** ist das Oberverwaltungsgericht für das Land NRW (OVG) dem insoweit erhobenen Hilfsantrag gefolgt und hat festgestellt, dass das **Netto-Einkommen** eines Beamten in der Bes.Gr. A 9 BBO in den Jahren 2003 und 2004 **verfassungswidrig zu niedrig bemessen** war.

Zudem erfolgte in den Jahren 2005 bis 2007 keine lineare Anpassung der Bezüge, von der Streichung des Urlaubsgeldes sowie den Einschnitten im Bereich der Beihilfe ganz zu schweigen. Das Oberverwaltungsgericht hat sich insoweit der Einschätzung des **dbb nrw** angeschlossen und in dem Verfahren seine Überzeugung von der **Verfassungswidrigkeit der Netto-Alimentation der Beamten** zum Ausdruck gebracht. Zugleich hat das Gericht die Verfahren ausgesetzt, um durch das Bundesverfassungsgericht überprüfen zu lassen, ob die in Jahren 2003 und 2004 in der Besoldungsgruppe A 9 BBO gezahlte Besoldung mit Art. 33 Abs. 5 GG vereinbar war.

### ...Auszahlung des „Weihnachtsgeldes“ nach dem Stand von 2002!

Es bleibt zu hoffen, dass alle Kolleginnen und Kollegen mit Hilfe der in den **BSBD-Ortsverbänden** vorrätigen **Musterantragsschriften** (an das LBV NRW) ihr Begehren sowohl auf **Erhöhung der Beamtensoldung bzw. der Versorgungsbezüge** und auf **Auszahlung des Weihnachtsgeldes** (Sonderzahlung 2009) **nach altem Recht** „auf den Weg“ gebracht ha-



BSBD-Karikatur: Thomas Möbis



ben oder noch bringen werden. Dies ist wichtig, um die eigenen Rechtspositionen zu wahren und stellt somit praktisch den eigenen Beitrag der Kolleginnen und Kollegen zur Erlangung ihres Rechtes dar! Anders scheint der Dienstherr – egal welche politische Farbenlehre gerade Verantwortung trägt – wohl nicht zu einem Einlenken zu bewegen zu sein.

### „Schönheitsfehler“ bei der Übertragung des Potsdamer Tarifabschlusses auf die Beamten

Mit den Stimmen von CDU und FDP wurde am 4. November 2009 in zweiter Lesung das „Gesetz zur Anpassung der Dienst- und Versorgungsbezüge 2009/2010“ verabschiedet. Damit erfolgt zum 1. März 2010 eine lineare Erhöhung der Bezüge um 1,2 v.H., der zum 1. März 2009 bereits eine lineare Steigerung von 3 v.H. (unter Vorbehalt) vorausgegangen war und die jetzt legalisiert worden ist. Allerdings hat diese „Wohltat“ einen nicht zu übersehenden Schönheitsfehler.

So hatte Ministerpräsident **Dr. Jürgen Rüttgers** zuvor mehrfach öffentlich erklärt, dass im Rahmen der Gleichbehand-

lung der öffentlich Beschäftigten in NRW die Tarifabschlüsse – so auch der von Potsdam – zeit-, inhalts- und wirkungsgleich auf die Beamten, Richter, Versorgungsempfänger und Beamtenanwärter übertragen werden sollten. Soweit so gut. Nur der oberste Kassenwart des Landes, Finanzminister **Dr. Helmut Linssen**, entwickelte eine ganz besondere Lesart dieser Zusage seines Chefs. Er reduzierte den im Tarifvertrag festgeschriebenen Sockelbetrag von monatlich 40 Euro auf 20 Euro und „distanzierte“ sich von der Gewährung des Einmalbetrages durch eigenwillige Interpretationen. Nach Ansicht der Opposition ist dies ein:

### Glatter Wortbruch

Und die Betroffenen werden es kaum anders sehen. Auch die profunden Stellungnahmen des **dbb nrw** und die anderer Berufsorganisationen, wonach die volle Höhe des Sockelbetrages für die Beamten aus Gründen der Gleichbehandlung und zur Abwendung einer Benachteiligung dringend geboten sei, vermochten den Herrn Finanzminister nicht zu beeindrucken. Die milliardenschweren Defizite der WestLB

sind den Einsatz von Steuergeldern offensichtlich wert, bei den Gehältern des öffentlichen Dienstes muss dann eben auch bei Kleinbeträgen gespart werden. Die Opposition sprach von Trickserei und bezifferte das so zu Lasten der Beamten erzielte „Einsparvolumen“ auf über 80 Mio. Euro. MdL **Ewald Groth** von den GRÜNEN brachte es auf den Punkt, als er der Landesregierung vorwarf: „.....Wir haben in diesem Land Beamte, die im Justizvollzug und auch bei den Finanzämtern im mittleren Dienst sind. Sie müssen sich einmal ansehen, Herr Kollege Kern, was die im Monat mit nach Hause bringen. Da kommt es auf die 20 Euro an, die Sie jetzt zurückhalten.....“.

Dem ist kaum etwas hinzuzufügen. Es bleibt dabei: Am 9. Mai nächsten Jahres werden für die Politik und die Politiker fühlbare Antworten bereit gehalten. Wie eine sieben Monate vor der Landtagswahl durchgeführte Umfrage von Infratest Dimap im Auftrage des WDR-Politmagazins „Westpol“ ergab, wird die Zustimmung zur Regierung geringer, so dass Schwarz-Gelb um ihre Mehrheiten bangen muss. **„Eigentlich schade, Herr Ministerpräsident!“**



Staatsministerin a.D. Dr. Rolf Krumsiek.

## Nachruf

Mit Betroffenheit und Trauer haben wir vom Tod des ehemaligen Justizministers Dr. Rolf Krumsiek erfahren. Der engagierte Sozialdemokrat starb am 23. Oktober 2009 im Alter von 75 Jahren. Krumsiek war ein enger politischer Weggefährte des früheren nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Johannes Rau (SPD).

Dr. Rolf Krumsiek trat nach seinem Studium zunächst in den Dienst des Landes Niedersachsen. Von 1970 bis 1980 war er Oberstadtdirektor der Stadt Wuppertal, bevor er als Chef der Staatskanzlei nach Düsseldorf wechselte. Bereits 1983 berief ihn Johannes Rau in das Amt des Wissenschaftsministers. Krumsiek gehörte der SPD seit 1962 an und war von 1966 bis 1970 Stadtrat in Göttingen. Von 1985 bis 1995 war Dr. Krumsiek Mitglied des nordrhein-westfälischen Landtags. Vom 30. Mai 1985 bis zum 17. Juli 1995 amtierte er als Justizminister und übernahm Ende 1992 zusätzlich kommissarisch das Amt des Ministers für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Das Justizministerium hat Dr. Rolf Krumsiek in schwieriger Zeit geführt. Während der RAF-Prozesse gab es heftige öffentliche Debatten um die Haftbedingungen der Terroristen. In diese Diskussionen brachte sich Krumsiek überaus besonnen und deeskalierend ein. Er wandte sich mit seiner ganzen Schaffenskraft der Ausgestaltung des im Umbruch befindlichen Strafvollzugs zu. Es war ihm ein besonderes Anliegen, straffällig gewordenen Mitbürgern Wege zurück in ein gesellschaftliches Leben ohne Straftaten zu eröffnen. Sein Wirken, seine Ideen und Vorstellungen haben auf den Strafvollzug und das Bewusstsein der Strafvollzugsbediensteten in unserem Lande wesentlichen Einfluss ausgeübt.

Ihre Interessen fühlten die Strafvollzugsbediensteten bei Rolf Krumsiek gut aufgehoben. So setzte er die Verbesserung der Besoldungsstrukturen in allen Laufbahnen des mittleren Dienstes politisch durch. Die Strafvollzugsbediensteten verdanken ihm die deutliche Verbesserung ihrer beruflichen Perspektiven.

Später wurde Krumsiek Vizepräsident des DRK-Landesverbands Westfalen-Lippe. Nachdem 1999 ein Unglück der Wuppertaler Schwebebahn fünf Menschenleben forderte, wurde er vorübergehend Vorstand der Wuppertaler Stadtwerke. Bis zu seinem Tod war er zudem stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Gauselmann AG in Lübbecke.

Mit Dr. Rolf Krumsiek verliert Nordrhein-Westfalen einen kompetenten Politiker mit einer starken emotionalen Bindung an Land und Leute. Seine politische Verantwortung nahm er wahr, um Hoffnung konkret zu machen und Menschen, die gefehlt haben, eine zweite Chance zu eröffnen. Der nordrhein-westfälische Strafvollzug verliert mit Staatsminister a.D. Dr. Rolf Krumsiek einen kenntnisreichen und durchsetzungsfähigen Fürsprecher. Wir werden Dr. Rolf Krumsiek ein ehrendes Andenken bewahren.

**Für den Bund der Strafvollzugsbediensteten  
Landesverband Nordrhein-Westfalen**

**Klaus Jäkel**  
Landesvorsitzender



## Glosse

## Tach auch

Justus V. Anonymus



Liebe Kollegen, oder sollte ich besser liebe Wärter sagen, oder liebe Pförtner oder Wachmänner, wie man ja im Moment Land rauf, Land runter zu hören und lesen kriecht? Nachtwächter wär auch nich schlecht. Übrigens heißen die Wärter im Zoo nich Wärter, sondern Tierpfleger! Ich habe dat unermesslich hohe Weihnachtsgeld sinnlos verprasst, sitz jetzt hier im Spätdienst und denke über den Sinn des Lebens nach. Simmer denn jetzt alle korrupt oder nich? Von wem soll ich mich denn mal als nächstes bestechen lassen?

Da fällt mir ein, dat wir ja bald schon widder mehr Jeld bekommen! Zum ersten März, dat heißt also am letzten Werktag vor dem Ersten, am 26. Februar, krijen wir 1,2 Prozent lineare Gehaltserhöhung. EINSKOMMAZWEI PROZENT! Dat sin satte 30,45 Euro

## Besoldungs- erhöhung

mehr in meinem Portmanee! Ich weiß jarnich, wohin mit dem Jeld. Jetzt hab ich mal so jedacht, vielleicht jlaubt de Finanzminister ja, wir wären alle sowieso korrupt, hätten Millijonen auf unseren Nummernkontos in Costa Rica und brauchen deshalb nich soviel Gehalt. Ich hab mir zum Beispiel ein



Mein Strand in Costa Rica.

kleines Stückchen Strand dort jekauft für den jeruhsamen Lebensabend. War jetzt nur 'nen Scherz, Herr Linssen. So, jetzt muss ich aber los, jleich hab ich Feierabend. Ich wünsch euch allen ne Jote Rutsch und alles Jute für dat Neue Jahr. Bis demnächst

Euer Justus V. Anonymus

## OV Düsseldorf

## Ein „Alter Stratege“ verlässt die „Ulm“ in Richtung Ruhestand

**irgendwann kommt für jeden der Zeitpunkt, an dem es Abschied zu nehmen gilt. Meist kommt dieser Zeitpunkt ungelegen. Ein Glück ist es, wenn man sich vorbereiten kann. Trotzdem ist oft Wehmut im Spiel, wenn das Morgen so ganz anders zu werden scheint als das Heute. Hilfreich ist es, die Übergangszeit vorab zu planen, damit die Leere keine Chance erhält. Schließlich ist man noch vital und auf der Höhe seiner Schaffenskraft. Nicht anders erging es Gisbert Thelen, als er zum letzten Mal seinen Dienst in der JVA Düsseldorf wahrnahm.**

Bis zu seinem Ruhestand stellte der Jungpensionär seine enorme dienstlich Verwendungsbreite unter Beweis. **Gisbert Thelen** erbrachte in allen Bereichen der JVA Düsseldorf überdurchschnittliche Leistungen. Ein besonderes Anliegen war es ihm, die Kolleginnen und Kollegen sachgerecht auf einen möglichen Schusswaffeneinsatz vorzubereiten. Als Waffenwart zeichnete er für eine anschauliche, kompetente Ausbildung verantwortlich. Bei den Kolleginnen und Kollegen erwarb sich **Gisbert Thelen** schnell den Ruf einen hilfsbereiten, verlässlichen und überaus engagierten Mitarbeiters, dessen Menschlichkeit in ganz besonderer Weise geschätzt wird. Daneben überzeugte der Jubilar durch fundierte Kenntnisse, gediegene, auf Erfahrungen fußende Sachkunde. Diese Eigenschaften bildeten die Grundlage für das hohe Maß an Effektivität, das **Thelen** im beruflichen Alltag auszeichnete.

Neben seinem Beruf fand Kollege **Thelen** Gelegenheit, sich ehrenamtlich zu engagieren. Mit dem Eintritt in den **BSBD** übernahm **Thelen** zahlreiche Funktionen in der Gewerkschaftsarbeit. Hierdurch hat er auch den jungen Kolleginnen und Kollegen ein leuchtendes Beispiel für gelebte



Wenn der Karneval ruft, ist Gisbert Thelen in seinem Element. Dann unterhält er sein Publikum mit Schlagfertigkeit und Mutterwitz.

Solidarität gegeben. Die Gesellschaft ist auf Menschen wie **Gisbert Thelen** angewiesen, die sich auch außerhalb ihres Berufes uneigennützig für Gemeinschaftsaufgaben zur Verfügung stellten.

Auch im Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands hat sich **Gisbert Thelen** vehement für die Interessen der Strafvollzugsbediensteten eingesetzt. Von 1988 bis 2004 bekleidete er das Amt des Schriftführers im örtlichen Personalrat. In diesem Mitbestimmungsgremium hat **Thelen** immer großen Wert auf eine an der Sache ausgerichtete Arbeit gelegt. Nicht zuletzt diese Solidität und seine Fähigkeit, auch zwischen Meinungsgegensätzen geschickt vermitteln zu können, haben die auf fairen Ausgleich angelegte Personalratsarbeit nachhaltig gestärkt. Und dass die Belange der Kolleginnen und Kollegen dabei nicht zu kurz kamen, war für **Gisbert Thelen** die reine Selbstverständlichkeit.

Unvergessen bleibt auch sein sportliches Engagement. Als linker Verteidiger der Fußball-Elf der JVA Düsseldorf kann er auf legendäre Einsätze zurück blicken. Einsatz war Trumpf, er schonte weder sich noch die Gegenspieler. Und das Positive seines sportlichen Engagements bestand wohl darin, dass sich Können und Wollen nicht zu weit von einander entfernt haben. Wenn sich **Gisbert Thelen** jetzt auf einen neuen Lebensabschnitt freut, dann nicht zuletzt deshalb, weil er seinen Hobbies mit größerer Muße nachgehen kann. Die fünfte Jahreszeit, der Karneval, ist das Element, in dem der Jubilar zu Hause ist, in dem er sich auskennt und sich virtuos zu bewegen weiß. Musikalisch engagiert er



sich bei den Düsseldorfer Tellsängern, karnevalistisch ist die Interessengemeinschaft Veedels-Zoch Eller seine Heimat. Hier blüht **Gisbert Thelen** auf und übernimmt kenntnisreich und unterhaltsam die ein oder andere Moderation.

Die im **BSBD** zusammengeschlossene Gemeinschaft der Strafvollzugsbediensteten hat allen Anlass **Gisbert Thelen** Dank abzustatten und ihm einen vitalen Übergang in den neuen Lebensabschnitt zu wünschen. Der **BSBD**-Ortsverband und der Personalrat wünschen **Gisbert Thelen** für den Ruhestand alles Gute, Gesundheit, Glück und persönliche Zufriedenheit.

H.-J. Brungs



Im Juni 2009 war es endlich geschafft. Noch eine Unterschrift und das selbstbestimmte Leben konnte beginnen.

## Kleine Weisheiten



Schweigen ist eines der am schwierigsten zu widerlegenden Argumente.

Josh Billings,  
1818-1885,  
amer.  
Humorist

\*\*\*

Marketing ist die Kunst, auf den Kopf zu zielen und die Brieftasche zu treffen.

Vance Packard,  
1914-1996,  
amer. Verkaufspsychologe



## Nachruf

Voller Trauer und tief betroffen haben wir vom Tod unseres geschätzten Kollegen

Justizvollzugsoberssekretär

## Wolf-Gerd Rudolph

erfahren, der am 09. August 2009 plötzlich und unerwartet im Alter von nur 43 Jahren aus dem Leben gerissen wurde.

Wir haben Wolf-Gerd Rudolph als sehr freundlichen, offenen, liebenswerten und hilfsbereiten Kollegen kennen gelernt. Wir verlieren mit ihm einen Mitstreiter in der vollzüglichen Arbeit, auf dessen Engagement, Unterstützung und Einsatz sich die Kolleginnen und Kollegen stets verlassen konnten.

Gemeinsam mit seinen Angehörigen trauern wir um einen lieben, einfühlsamen, verständnisvollen Menschen, der weit vor der Zeit von uns gegangen ist, dessen Tod uns verunsichert und nachdenklich zurücklässt.

Wir werden Wolf-Gerd Rudolph ein uns allzeit verpflichtendes Andenken bewahren.

Für den Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands

Ortsverband Wuppertal

Horst Butschinek

Vorsitzender

## Buchbesprechung

## Am Anfang war „Die Grüne Minna“

Unter dem Titel „Die Grüne Minna“ hat Manfred Wilewka eine eindrucksvolle Bilddokumentation im Lesebuchformat über die Gefangenentransportfahrzeuge der Justiz vorgelegt. Der Autor ist 56 Jahre alt und selbst seit 1975 im Strafvollzug bei der JVA Düsseldorf tätig. Die Idee zu der Dokumentation wurde durch seine Leidenschaft für das Sammeln von Modellautos ausgelöst. Ihm wurde bewusst, dass Einsatzfahrzeuge für den Transport von Gefangenen auf dem Markt für Modellautos praktisch nicht vorhanden sind. Dies ließ in ihm den Wunsch erwachen, die Einsatzfahrzeuge der Justiz systematisch, nach Bundesländern getrennt, zu erfassen und dem interessierten Leser als Bilddokumentation zu erschließen.

Im Rahmen mühevoller Kleinarbeit ist es dem Autor gelungen, einen beeindruckenden Querschnitt der Fahrzeuge des Gefangenentransportes zusammen zu stellen. Bereits zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es motorisierte Fahrzeuge für den Gefangenentransport, obwohl seinerzeit noch der Schienenverkehr dominierte.

Erst zu Beginn der 1950er Jahre gewann der Transport auf der Straße mehr und mehr an Bedeutung.

Manfred Wilewka zeichnet anhand von rund 400 Farbfotos die Entwicklung der Einsatzfahrzeuge von der Gefangenentransportkutsche bis hin zum „rollenden Gefängnis“, dem großen Überlandbus,



## Justizministerin spricht den Bediensteten des Strafvollzuges Lob und Anerkennung aus

Bahnbrechender Erfolg für den BSBD: Spitzenamt A 11 BBO für den allgemeinen Vollzugsdienst und Werkdienst ist Realität

„Die nordrhein-westfälischen Strafvollzugsbediensteten haben in den letzten Jahren große Anstrengungen bei der konkreten Ausgestaltung und dem qualitativen Ausbau des Behandlungsvollzuges auf sich nehmen müssen. Ohne dieses sichtbare, erfolgreiche Engagement stünden wir heute nicht da, wo wir stehen. Dafür danke ich allen Bediensteten, auch wenn es noch genügend Baustellen gibt, mit denen wir uns künftig befassen müssen“, erklärte NRW-Justizministerin Müller-Piepenkötter den Delegierten der BSBD-Hauptvorstandssitzung am 12. und 13. November 2009 in Hagen.

„Der Vollzug hat in den zurückliegenden Jahren eine positive Entwicklung genommen. Baulich, personell und laufbahnrechtlich sind deutliche Fortschritte erzielt worden. Damit haben sich die Rahmenbedingungen für die Gestaltung des Vollzuges in fast allen Einrichtungen des Landes verbessert. Viele Einstellungszusagen und die Aufhebung ausgewiesener Kw-Stellen haben vorhandene personelle Engpässe entschärft“, erläuterte die Ministerin.

Sorgen, so **Roswitha Müller-Piepenkötter**, bereiteten ihr die in einigen Vollzeiteinrichtungen deutlich erhöhten Krankenstände. Bei Krankenquoten von über 15 v.H. könne etwas nicht stimmen. Die daraus resultierenden Mehrbelastungen der Dienst verrichtenden Kolleginnen und Kollegen könnten auf Dauer nicht akzeptiert und hingenommen werden. Die steigenden Mehrarbeitsstunden sprächen insoweit eine deutliche Sprache. Ihr Ministerium, kündigte **Müller-Piepenkötter** an, werde versuchen, durch geeignete gesundheitsfördernde Maßnahmen einen Beitrag zur Verbesserung der Lage zu machen.

### ■ Neues Spitzenamt im mittleren Dienst

Von anhaltendem Beifall der **BSBD-Mandatsträger** wurden die Ausführungen der Ministerin zum neuen Spitzenamt A 11 BBO für den allgemeinen Vollzugsdienst, Krankenpflegedienst und Werk-



Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter im Gespräch mit dem BSBD-Landesvorsitzenden Klaus Jäkel.

dienst begleitet. **BSBD-Landesvorsitzender Klaus Jäkel** dankte der Ministerin sowie den CDU-Politikern Peter Biesenbach und Harald Giebels, die diese seit Jahren erhobene **BSBD-Forderung** positiv begleitet und letztlich zum Erfolg geführt hätten. „Dies ist ein weiterer positiver Schritt auf dem Weg zur Schaffung eines ausgewogenen Besoldungsgefüges für alle Laufbahnen im NRW-Strafvollzug. Diese neue Struktur hat sich ausschließlich an Aufgaben-



Die Delegierten zeigten sich erfreut über die frohe Kunde der Einführung eines neuen Spitzenamtes, die die Ministerin aus Düsseldorf mitgebracht hatte.

nach. Bei der Verwirklichung seiner Buchidee musste der Autor die Erfahrung machen, dass es leichter ist, an Bilder von Militär- oder Polizeifahrzeuge zu gelangen, als an solche von Fahrzeugen der Justiz, die überwiegend dem Transport von Gefangenen dienen.

Sicherheitsgesichtspunkte werden hierbei eine erhebliche Rolle gespielt haben.

### Titel: „Die grüne Minna – Gefangenentransportfahrzeuge der Justiz aus Deutschland“

Das Buch ist unter dem Titel „Die grüne Minna – Gefangenentransportfahrzeuge der Justiz aus Deutschland“ erschienen und seit Oktober im Buchhandel zum Preis von 24,80 Euro erhältlich (ISBN: 978-3-8391-1053-9).

Für Justizangehörige bietet der Autor einen Vorzugspreis von 20,00 Euro plus 2,00 Euro Versandkosten an.

Anfragen oder Bestellung sind zu richten an: [porzer53@gmx.de](mailto:porzer53@gmx.de) oder [manfred.wilewka@jaa-duesseldorf.nrw.de](mailto:manfred.wilewka@jaa-duesseldorf.nrw.de)



Besuchen  
Sie uns im  
Internet

**www.  
bsbd-nrw.de**



**Leistungs- und Verantwortungskriterien auszurichten“, erläuterte Jäkel die Zielrichtung des künftigen gewerkschaftlichen Wirkens unter dem Beifall der Delegierten der Ortsverbände.**

In einer sehr lebhaften Diskussion zwischen den **BSBD**-Mandatsträgern und NRW-Justizministerin **Müller-Piepenkötter** blieben keine der derzeit aktuellen Fragen unbeantwortet. Gewandt und souverän absolvierte sie die Fragerunde. Überrascht zeigte sie sich darüber, dass die Weiterentwicklung des Vollzuges nicht in allen Einrichtungen die gleiche Dynamik und Intensität entfalte. Der durch die Delegierten geäußerten Bitte, den Einrichtungen, in denen die Krankenquoten aus dem Ruder laufen und die Mehrarbeitsstunden explodieren, besondere Aufmerksamkeit zu widmen, will die Ministerin nach eigenem Bekunden entsprechen und notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation durch die zuständige Fachabteilung ihres Hauses erarbeiten lassen.

Im Rahmen einer gemeinsamen Pressekonferenz stand vor allem die Frage im



**Justizministerin Roswitha Müller-Piepenkötter will sich künftig verstärkt um die qualitative Weiterentwicklung der vollzuglichen Standards bemühen.**

Raum, ob es in absehbarer Zeit einen Neubau als Ersatz für die in ihrer bausubstanz abgängige JVA Hagen geben wird. In diesem Punkt konnte die Ministerin ein positives Zeichen setzen. Allerdings befinden sich die planerischen Überlegungen erst im Anfangsstadium, so dass es noch abzuwarten gilt, welche Realisierungsmöglichkeiten durch die zuständigen Behörden entwickelt werden.

Im Verlauf der zweitägigen **BSBD**-Hauptvorstandssitzung standen zahlreiche gewerkschaftsinterne Problemfelder und die Bestimmung der Schwerpunkte der Gewerkschaftsarbeit für das kommende Jahr im Mittelpunkt der Diskussion. Den Delegierten wurde zudem die neue **BSBD**-Internetpräsentation und die Neugestaltung gewerkschaftsinterner Arbeitsabläufe vorgestellt. Ziel ist es, die ehrenamtlich geleistete Arbeit so zu straffen und zu rationalisieren, dass das gewerkschaftliche Engagement deutlich effizienter und effektiver hin auf die Erzielung von Außenwirkung ausgerichtet werden kann. Die Delegierten zeigten sich beeindruckt von den neuen Möglichkeiten der überarbeiteten Internetplattform des **BSBD**.

OV Bielefeld-Oberems

**„Wenn einer eine Reise tut, dann...“**

**O**stwestfalen gelten gemeinhin als stur, eigenbrödlersch und unzugänglich. Die Reisegesellschaft, die sich Ende September von Bielefeld-Senne aus aufmachte, um die Region des Bodensees zu erkunden, entsprach allerdings so gar nicht diesem gängigen Vorurteil. Aufgeräumt, geradezu ausgelassen starteten die Ruheständler des Ortsverbandes ihre diesjährige Exkursion. Erstes Ziel war das inmitten des Pfrunger Rieds gelegene Landhotel „Alte Mühle“, ein beliebter Stützpunkt für Ausflüge in die Region. Das Hotel warb mit badisch-alemannischer Gastlichkeit und kulinarischen Freuden und hatte nicht zu viel versprochen. Am nächsten Morgen brauchte man nur das Fenster seines Zimmers zu öffnen, um die herrliche Natur einer der größten deutschen Moorlandschaften in sich aufnehmen zu können. Zeit zu langem Verweilen war leider nicht vorhanden, stand doch der Besuch der Blumeninsel Mainau auf dem Programm.

Mainau ist ein Juwel und immer eine Reise wert. Zur Zeit der Dahlienblüte legt sich die Vegetation aber noch einmal so richtig ins Zeug, als gelte es, vor dem nahenden Winter noch einmal größte Pracht zu entfalten. Die Reisegesellschaft erreichte ihr Ziel noch recht früh am Tage, die Parkplätze waren erst spärlich besetzt. Dies sollte sich als überaus günstig für die ausgedehnten Spaziergänge über die Insel erweisen.

Bedingt durch das günstige Bodenseeklima wachsen auf dem tropfenförmigen Eiland Palmen und andere mediterrane Pflanzen. Wegen ihrer überaus reichen subtropischen, teilweise auch tropischen Vegetation wird die Mainau auch als Blumeninsel im Bodensee bezeichnet. Der 2004 verstorbene Graf Lennart Bernadotte hatte sich nach dem 2. Weltkrieg um den touristischen Ausbau der Insel verdient gemacht, die er einmal wie folgt beschrieb: „Sie ist eine kokette kleine Dame, diese Mainau, die stets und ständig große Aufmerksamkeit fordert, noch mehr Liebe und vor allem unaufhörlich neue Kleider.“ Grundstock für die Blumeninsel im 21. Jahrhundert war und ist bis heute noch das durch Großherzog Friedrich I. angelegte parkähnliche Arboretum, eine Ansammlung exotischer Bäume, mit seinen 500 verschiedenen Arten von Laub- und Nadelgehölzen. Darunter befindet sich einer der „ältesten“ Urweltmammutbäume Deutschlands. Neben den riesigen Mammutbäumen befinden sich kostbare Zedern, Metasequoien und Tulpenbäume. Im Frühjahr Ende März / Anfang April beginnt auf der Mainau das Blumenjahr im Palmenhaus mit einer großen Orchideenschau. Von Ende März bis Mitte Mai blü-



**Die berühmte Wassertreppe auf der Mainau, von Dahlien gesäumt, ein schöner Anblick.**

hen auf der Mainau Tulpen, Narzissen und Hyazinthen. In der Übergangszeit von Mai und Juni zeigen sich die Blüten der 200 Rhododendren- und Azaleensorten. Der sogenannte italienische Rosengarten ist eine streng geometrische Anlage mit Pergolen, Skulpturen und Brunnen. Im Sommer betört der Duft der rund 500 verschiedenen Rosensorten. Auf der ganzen Insel finden sich etwa 30.000 Rosenstöcke. Eine Barocktreppe führt hinauf zur aussichtsreichen Schlossterrasse. Im südlichen Bereich blühen von September bis Oktober die Dahlienfelder mit etwa 20.000 Dahlienbüschen die in herrlichen Farben leuchten.



**Auch Luftschiffe statten der Blumeninsel einen Besuch ab.**

Bei herrlichem Wetter vermittelten die Dahlienfelder der Reisegesellschaft eine Vorstellung von großer Pracht und Fülle. Das Auge konnte sich gar nicht satt sehen an der Vielfalt der Farben und Formen. Der ein oder andere verweilte und ließ die gestaltete Natur auf sich wirken. Dann ging es weiter. Die Schwedenschänke lud zu kulinarischer Rast ein. Das Barockschloss und vor allem die Schlosskapelle waren einen Besuch wert. Langsam strebten die Pensionäre dann dem Ausgang entgegen, legten aber noch beim Schmetterlings- und Orchideenhaus einen erlebnisreichen Zwischenstopp ein. Nachmittags stand der Besuch der Wallfahrtskirche Birnau auf dem Programm. Die Klosterkirche hebt sich am Südhang



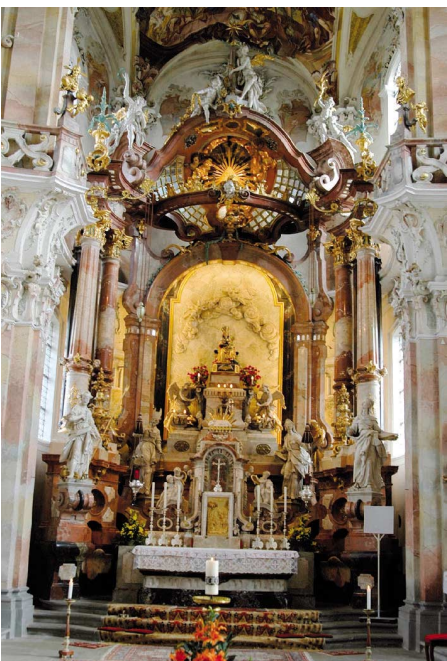


**Die Barockkirche Birnau ist ein Kleinod der Architektur.**

des nordwestlichen Ausläufers des Bodensees weithin sichtbar von der Landschaft ab. Auf einer Terrasse über dem See gebaut und ganz von schnurgeraden Weingärten umgeben, ist die schlossähnliche Kirche das am schönsten gelegene Gotteshaus der Region. Im Innern der Kirche wird die lebensfrohe Atmosphäre des Barockzeitalters lebendig: Eine überwältigende Flut von Fresken und Verzierungen schlägt dem Besucher schon beim Eintreten entgegen.

Dieses architektonische Kleinod gehört zu den Glanzleistungen barocker Kirchenbaukunst in Süddeutschland. Erbaut wurde die Klosterkirche in der Zeit von 1747 bis 1750 von Peter Thumb als Architekt und Baumeister, Stuckateur und Altarbauer Josef Anton Feuchtmayer sowie dem Freskenmaler Gottfried Bernhard Göz. Die reiche Farben- und Formensprache der Kirche verschlug der Reisegruppe praktisch die Sprache. Die Besichtigung war deshalb eine sehr leise und andächtige Veranstaltung.

Nach so viel geballter Kultur diente der Besuch der Meersburger Altstadt als will-



**Die opulente Innenausstattung der Kirche ist ein Rausch für die Sinne.**

kommener Ausgleich. Hier konnte man es sich gut gehen lassen bei Kaffee und Kuchen, einem delikaten Eis oder einem kühlen Bier. Ein Bummel zum Hafen, auf die Burg oder über die Seepromenade bot Gelegenheit, das Erlebte nochmals Revue passieren zu lassen.

Der nächste Tag führte die Reisegruppe zunächst am Schloss Salem vorbei in Richtung Sigmaringen. Selbstverständlich waren die Kinder der Reichen und Schönen, die sich in Salem auf den Ernst des Lebens vorbereiten, ein Thema. Doch recht bald wandte man sich der ersten Besichtigung des Tages zu, dem Stadtschloss Sigmaringen.

Das Schloss thront auf einem die Donau einengenden, lang gestreckten Kalkfelsen, dem so genannten „Schlossberg“. Der

nen. Die Folterkammer mit ihren seltenen Instrumenten ist Zeugnis mittelalterlicher Gerichtsbarkeit.

Ein Glanzlicht der Besichtigung stellte der Rundgang durch die Fürstliche Hohenzollernsche Hofbibliothek Sigmaringen dar. Mit rund 200.000 Bänden ist sie eine der größten Privatbibliotheken Baden-Württembergs. Sie befindet sich im so genannten Wilhelmsbau und zeichnet sich durch hohe Räume, stuckverzierte Decken, lange Gänge mit meterhohen Regalen aus, in denen sich wertvolle Bücher aneinander reihen. Die Hofbibliothek hat universalwissenschaftlichen Charakter. Es gibt Schwerpunkte in den Bereichen Literatur, Kunst und Geschichte. Gut bestückt ist die Hofbibliothek ferner in den Themen Forst, Heraldik (Wappenkunde) und Ge-



**Nach ausgefülltem Tagesprogramm sind die „Ostwestfalen“ etwas erlahmt.**

Felsrücken ist rund 200 m lang und erhebt sich bis zu 35 m über die Donau. Das auf diesem freistehende Felsen erbaute Fürstlich Hohenzollernsche Schloss ist zugleich das größte aller Donautalschlösser. Der Fels fällt nördlich und östlich steil zur Donau ab und bot einer mittelalterlichen Burg strategischen Schutz.

Die Waffensammlung des Schlosses gilt mit ihren rund 3.000 Ausstellungsstücken als die größte private Waffensammlung Europas. Die fürstliche Sammlung ist auf Fürst Karl Anton von Hohenzollern-Sigmaringen zurückzuführen. Die Exponate der Sammlung zeigen die Geschichte und die Entwicklung vom 14. Jahrhundert bis ins 20. Jahrhundert. Unter den seltenen und kostbaren Stücken befinden sich auch allerlei Kuriositäten und einmalige Waffen, so zum Beispiel ein deutsches Orgelgeschütz des 15. Jahrhunderts als Vorgänger heutiger Schnellfeuerwaffen, hergestellt aus einem Baumstamm mit fünf eingeschobenen, kleinkalibrigen gusseisernen Rohren. Die Ausstellungsstücke zeigen die Entwicklung von Schlag-, Griff- und etlichen Handfeuerwaffen. Hieb-, Stoß- und Schusswaffen jeglichen Kalibers runden die Sammlung ab. Im so genannten Galeriebau westlich des Schlosses war eine Sammlung mittelalterlicher Folterinstrumente zu bestau-

nealogie. Die Hofbibliothek verfügt über einen größeren Bestand an Romanen und gehobener Unterhaltungsliteratur, der zu den Öffnungszeiten zur Ausleihe zur Verfügung steht.



**Das Lindauer Rathaus beeindruckt mit seiner imposanten Freitreppe. 1496/97 diente das Gebäude als Veranstaltungsort für den Reichstag.**

Den Abschluss des Tages bildete der Besuch des Klosters Beuron, das großen Einfluss auf das christliche Leben in der Region Hohenzollern-Sigmaringen ausübte. Zum Klosterkomplex gehört die beeindruckende barocke Kloster- und Wallfahrtskirche mit ihren wertvollen Deckengemälden. Das Altarbild des Hochaltars in der Abteikirche kann ausgewechselt werden.





**Die Pensionäre des Ortsverbandes stellen sich in Lindau dem Fotografen.**

Das Wechselbild von der Krönung Marias wird jährlich zur Weihnachtszeit gegen das Bild mit der Krippenszene ausgetauscht. Dieses Bild ist ein Werk von Gabriel Würger aus dem Jahr 1867.

Die Erzabtei Beuron unterhält mit rund 400.000 Bänden die größte deutsche Klosterbibliothek. Schwerpunkte sind alle theologischen Disziplinen, vor allem Liturgiewissenschaft, Kunstgeschichte des Mittelalters und die Geschichte des Benediktinerordens.

Nach so viel Kultur tat etwas Ausspannen gut. Bereits auf der Rückfahrt zum Hotel wurde nur noch vereinzelt diskutiert, man bereitete sich innerlich auf bevorstehende Gaumenfreuden vor. Und die Bielefelder Truppe wurde nicht enttäuscht. Nach angeregten Unterhaltungen bei Wein und Bier ging es zeitig zu Bett, weil am nächsten Tag Stadtbesichtigungen auf dem Programm standen.

Anderntags ging die Fahrt nach Lindau, der Perle des Bodensees. Der Rundgang durch die beindruckend restaurierte Altstadt vermittelte einen Eindruck von den Beschwerlichkeiten mittelalterlichen Lebens. Was wir heute bestaunen, war früher harte Arbeit. Beeindruckend ist das 1422 ursprünglich gotisch erbaute Rathaus, das 1576 einen schönen Treppengiebel im Renaissance-Stil erhielt. Die Rückfront des Gebäudes wurde im 19. Jahrhundert üppig historisierend mit Malerei geschmückt, die die Lindauer Stadtgeschichte darstellt. Die Fassade zur Fußgängerzone wird von einer imposanten Freitreppe geschmückt. Im Inneren des Gebäudes befindet sich der gotische Ratsaal, in dem 1496/97 der Reichstag abgehalten wurde.

Der Rundgang durch die Altstadt endete unvermeidlich am Hafen, dessen Einfahrt von steinernem Löwen und Leuchtturm begrenzt wird. Wenn der Bodensee idyl-

lisch im Sonnenlicht schimmert, vermutet man nicht, dass hier auch Gefahren lauern. 1897 stieß die auslaufende „Habsburg“ mit der ankommenden „Stadt Lindau“ zusammen, die sank und drei Passagiere in den Tod riss. Der schuldige österreichische Schiffskommandant wurde verurteilt. Österreich musste 31.000 Mark Entschädigung an Bayern zahlen.

Ein absolutes Kontrastprogramm bot dann die Besichtigung des Wallfahrtsortes Wigratzbad. Aufgrund einer behaupteten Privatoffenbarung an Frau Antonie Rädler in einer kleinen Kapelle nahm die Zahl der Pilger ständig zu, so dass eine größere Kirche in moderner rotfarbener Stahlarchitektur gebaut wurde. Die sterblichen Überreste von Antonie Rädler und dem langjährige Pilgerseelsorger Pater Johannes Schmid ruhen in einer eigenen kapellenähnlichen Gruft. Die moderne Archi-

Bereits nach wenigen Metern müssen die Ostwestfalen dem Stadtführer beipflichten: Es gibt viel zu entdecken und noch mehr zu genießen in Wangen. Nicht umsonst hat sich die Stadt den Beinamen 'Stadt der schönen Brunnen' im württembergischen Sonnenzipfel des Allgäus erworben.

Türme, Tore, schucke Patrizier- und farbenprächtige Handwerkerhäuser prägen die denkmalgeschützte Altstadt. Das Ensemble des Rathauses besticht durch die 1721 geschaffene Barockfassade. Die Front zur Unterstadt behielt ihren spätgotischen Charakter bis auf den heutigen Tag. Im repräsentativen historischen Ratssaal haben alle Epochen – von der Romantik über die Gotik bis zum Barock – ihre Spuren hinterlassen. Sehenswert sind das barocke Treppenhaus und der kleine Trauraum im Pfaffenturm.



**Den Abschluss der Bildungsreise in den Süden Deutschlands bildete die Besichtigung der Wangener Altstadt, der „Stadt der schönen Brunnen“.**

tektur kontrastiert stark mit den sonst in deutschen Süden anzutreffenden sakralen Barockbauten.

Angesichts der irritierenden Ausstattung der Wallfahrtskirche und deren polarisierende Gestaltung ist auf der Weiterfahrt nach Wangen für ausreichend Gesprächsstoff gesorgt. Am letzten Besichtigungsziel angekommen, steht zunächst eine Vesperpause auf dem Programm, bevor die Reisegruppe unter sachkundiger Führung die Altstadt besichtigt.

Die Herrenstraße hat sich, so der Stadtführer, zu einem großen Teil ihr spätgotisches Gepräge erhalten, da die meisten Häuser der Straße nach dem verheerenden Brand von 1539 gebaut worden sind. Bemerkenswert sind die Gebäude mit gotischen Treppengiebeln und Wirtshauschildern des 18. Jahrhunderts. Die Herrenstraße weist eines der schönsten Straßenbilder Süddeutschlands auf.

Nach drei Tagen kultureller Erbauung freuen sich die Mitglieder der Reisegruppe schon auf den Abschiedsabend im Hotel. Ein letzter gemütlicher „Klönabend“ mit Wein und kühlem Bier steht auf dem Programm. Und diese Möglichkeit wird ausgiebig genutzt, die Eindrücke und Erkenntnisse der letzten Tage zu diskutieren und zu verarbeiten. Als am nächsten Tag die Rückreise beginnt, steht das Fazit der meisten Teilnehmer bereits fest. Die Erkundung der Region des Bodensees war professionell vorbereitet und hat den Teilnehmern neue Eindrücke und Einsichten vermittelt. Zudem trug das Gemeinschaftserlebnis in der Gruppe zu einem intensiveren Erleben bei. Etliche Mitglieder der Reisegruppe erklärten spontan, bei der nächsten Fahrt des **BSBD**-Ortsverbandes wieder mit von der Partie zu sein, egal welches Ziel auf dem Programm stehe.



**Lindauer Handwerkerhäuser.**